

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die englische Völkerbundliga für Intervention.

London, 23. Februar. (WTB.) Lord Robert Cecil hat als Vorsitzender des Vorkommensausschusses der Völkerbundsvereinigung eine Mitteilung über die Politik der Vereinigung mit Bezug auf die Lage im Ruhrgebiet veröffentlicht, worin es heißt: In Anerkennung der Tatsache, daß die gewaltsame Besetzung deutschen Gebietes durch die französische Heere eine extreme und unmissbare Gefahr für den Frieden Europas und die wirtschaftliche Wohlfahrt zahlreicher Länder darstellt, sowie der Tatsache, daß die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes stets zugunsten der Regelung dieser internationalen Fragen durch den Völkerbund sich erklärt habe, habe der Vorkommensausschuß der Völkerbundsvereinigung den lebhaften Wunsch, die Notwendigkeit zu betonen, daß der gesamte Komplex internationaler Fragen, dessen Mittelpunkt die Reparationsfrage bilde, sobald wie möglich vor den Völkerbund oder die Völkerbundsversammlung gebracht werde, womöglich mit Unterstützung Deutschlands und der Vereinigten Staaten. Sie erkenne an, daß die Wahl des Augenblicks dafür und die Wahl des Organs notwendigerweise der Regierung vorbehalten sein müsse, welche jedoch nachdrücklich darauf hin, daß jede nicht notwendige Verzögerung verhängnisvolle Folgen haben könne, und hoffe, daß die Zweigstellen des Verbandes ihr Neuestes tun werden, um das Parlament und die Regierung zu unterstützen, energisch eine Politik auf dieser Grundlage zu verfolgen.

Lord Robert Cecil hat sich noch in der letzten Unterhausdebatte gegen die Anrufung des Völkerbunds ausgesprochen und dadurch die Opposition bitter enttäuscht. Wenn er jetzt als Vorsitzender der englischen Völkerbundvereinigung — nicht als Englands Vertreter im Völkerbund — eine veränderte Stellung einnimmt, so gibt es dafür zwei Erklärungsmöglichkeiten: die eine, daß er in der Vereinigung überstimmt worden ist, und die andere, daß die Regierung eine gewisse Schwächung vorgenommen hat und sich der Vereinigung als Instrument ihrer politischen Absichten bedient. Auf alle Fälle zeigt der Vorgang, daß in England starke Kräfte

am Werke sind, um die Regierung aus der Passivität herauszudrängen. Ihnen Rechnung tragend, hat Bonar Law gestern seinen Ruf an Amerika gerichtet, der durch die Erklärung Lord Robert Cecils wiederholt und unterstrichen wird.

Der Appell Cecils und der englischen Völkerbundvereinigung richtet sich aber nicht nur an Amerika, sondern auch an Deutschland. In Deutschland hat der Völkerbund dank zahlreicher begeisterte Anhänger, aber der Völkerbund, wie er ist, stößt hier auf starkes Mißtrauen. Dieses Mißtrauen besteht auch in anderen Ländern — ist doch erst kürzlich in schwedischen sozialdemokratischen Versammlungen beschlossen worden, von der Regierung Schwedens zu verlangen, sie solle aus dem Völkerbund austreten.

Das Mißtrauen gegen den Völkerbund ist jedoch in dem Maße, wie es auf Grund der Erfahrungen mit Oberschlesien besteht, nicht mehr begründet, es wird noch mehr an Boden verlieren, wenn England und Amerika ihre feste Absicht zu erkennen geben, im Völkerbund für eine gerechte und verständige Lösung der gegenwärtigen Krise zu wirken.

Einstweilen ist es Frankreich, das sich mit allen Kräften einem Eingreifen des Völkerbundes widersetzt. Man kann das als ein Zeichen dafür betrachten, daß sich die französische Regierung ihrer Sache beim Völkerbund auch nicht mehr sicher fühlt. Mit Rücksicht auf die französische Regierung, mit der sie nicht in offenen Konflikt geraten will, hat die englische bisher davon abgesehen, den Völkerbund in Bewegung zu setzen.

In dem Augenblick, in dem eine Macht an den Völkerbund appellierte, würde sich jedoch das Bild ändern. Dann müßte Deutschland eine Erklärung darüber abgeben, wie es sich zur Intervention des Völkerbundes stellt. Eine solche Erklärung könnte dann nicht ablehnend sein, wenn Deutschland nicht das Spiel der französischen Regierung spielen und sich selber ins Unrecht setzen wollte.

Englische Eindrücke.

Von Rudolf Breitscheid.

Zunächst etwas Persönliches, das aber der politischen Bedeutung nicht ganz entbehrt. Wenn der Presse Glauben geschenkt werden darf, dann habe ich bei meinem kürzlichen Aufenthalt in London eine ebenso komplizierte wie vielseitige Rolle gespielt. Auf Grund des bekannten Interviews, das ich mit der „Daily News“ gehabt haben soll, haben mich zahlreiche bürgerliche Zeitungen in Deutschland des Landesverrats bezichtigt, und zu gleicher Zeit stellten französische Organe fest, daß ich in England Propaganda im Namen und Auftrag der deutschen Regierung treibe. Amerikanische Blätter wußten zu berichten, ich sei nach London gekommen, um die Labour Party davon abzubringen, daß sie der englischen Regierung eine Aktion zugunsten Deutschlands nahelege, da nach meiner Darstellung die deutsche Industrie an allem schuld sei, aber die konservative Londoner „Morningpost“ teilte ihren Lesern mit, das Amendement, das die Labour Party zur Adresse an den König eingebracht habe, stamme von mir und gehe darauf aus, den Interessen von Thynnes und Stinnes zu dienen. Nach anderen Meldungen soll ich bei Bonar Law gewesen sein und ihm, ich weiß nicht recht in welchem Auftrage, ein Memorandum überreicht haben. Schließlich macht mich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ neuerdings dafür verantwortlich, daß in England Artikel erschienen sind, in denen verlangt wird, Deutschland solle einen neuen Reparationsplan vorlegen und ihn durch einen mit möglichst großer Mehrheit gefassten Beschluß des Reichstags bekräftigen lassen. Mehr kann man wirklich nicht verlangen, und das „Berliner Tageblatt“ war also wohl im Recht, als es bei der Besprechung des erwähnten Interviews schrieb, es komme mir nur darauf an, mich wichtig zu machen.

Leider aber ist meine Tätigkeit in London sehr viel bescheidener und harmloser gewesen. Ich habe mich in der Hauptsache darauf beschränkt, unseren Freunden von der Labour Party ein Bild von der Situation in Deutschland zu geben und mich darüber zu informieren, wie sie und die anderen politischen Gruppen über die Möglichkeit eines irgendwie gearteten englischen Schritts zur Unterstützung Deutschlands dächten.

Die erste Aufgabe war recht einfach und leicht. Unseren Freunden waren die durch die französische Invasion geschaffenen Verhältnisse im großen und ganzen bekannt, und ich brauchte in den Besprechungen mit einzelnen Personen und in den Sitzungen der Parlamentsfraktion keine besondere Beredsamkeit zu entfalten. Sie wußten, welche schwere Schläge dem deutschen Volke und nicht zuletzt der deutschen Arbeiterklasse durch den französischen Imperialismus zugefügt werden, verurteilten ebenso scharf und einmütig wie wir die Politik Poincarés und sprachen mit bewundernder Sympathie von der gewaltlosen Abwehr der Gewalt, mit der wir der ganzen Welt ein leuchtendes Beispiel gäben. Ramsay Mac Donald, Charles Roden Buxton, Tom Shaw, Philip Snowden und andere haben in vortrefflichen Reden im Parlament ihre Aufassung zum Ausdruck gebracht.

Eine ähnliche Stimmung wie bei ihnen fand ich bei der großen Mehrzahl der Liberalen, ja selbst bei einem Teil der Konservativen, wenn diese sich auch nicht dazu entschließen konnten ihre Stimme für die Amendements der Arbeiter oder der Liberalen und damit gegen die konservative Regierung abzugeben. Die große Mehrheit der englischen öffentlichen Meinung lehnt das französische Vorgehen ab, und wenn sie deswegen auch noch nicht deutschfreundlich geworden ist, so beurteilt sie doch die deutschen Angelegenheiten jetzt objektiver als es vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet der Fall war.

Von einer solchen sympathischen Stellungnahme bis zu einer Intervention oder Vermittlung aber ist noch ein weiter Schritt. Man möchte im Grunde fast allgemein den Franzosen gern in den Arm fallen, aber man sieht einsteilen keinen Weg, der zum Erfolg führen könnte. Frankreich ist immer noch der Verbündete Englands, und man schreckt davor zurück, sich aus dem Verbündeten durch ein von diesem nicht beabsichtigtes Vorgehen einen Gegner zu machen. Wenn eine englische Intervention in Paris abgelehnt würde, entstünden ganz natürlich tiefe Verstimmungen, die auf die Dauer einen Konflikt heraufbeschwören könnten. Einen Konflikt aber will das englische Volk in seiner übergroßen Mehrheit unter allen Umständen vermeiden, denn nirgendwo ist die Abneigung gegen einen neuen Krieg größer als hier.

Das ist auch der Grund, aus dem in allen Parteien eine starke Strömung zugunsten der Entfernung der englischen Truppen aus dem Kölner Gebiet besteht. Man fürchtet Reibungen mit den Franzosen, die zu Verwicklungen führen würden, und ist eher geneigt, sich einstweilen überhaupt von dem Kontinent zurückzuziehen, als es auf Zusammenstöße ankommen zu lassen.

Dazu kommt aber noch etwas, was erwähnt werden muß, selbst auf die Gefahr hin, daß damit wieder das Mißfallen unserer Rechtsparteien erregt wird. Wohin ich auch kam, überall folgte den Worten der Kritik an der französischen Gewalttätigkeit die Erklärung, daß die deutsche Industrie doch nicht alles getan habe, um die Erfüllungspolitik möglich zu machen, und die Frage schloß sich an, ob denn Sicherheit dafür vorhanden sei, daß bei einer zukünftigen Regelung die Leistungsfähigen wirklich zu Leistungen herangezogen würden. Nicht ich brauchte dieses Thema zu berühren, die andere Seite

Vertagung des Reichstages!

Die bürgerlichen Parteien des Reichstages beabsichtigen in der heutigen Sitzung die Vertagung des Reichstages bis Donnerstag, anstatt, wie vorgesehen war, bis Dienstag zu beantragen. Die Sozialdemokratische Fraktion wird sich diesem Verlangen widersetzen, vor allem da diese lange Vertagung des Reichstages eine Verzögerung wichtiger gesetzgeberischer Arbeiten herporrufen würde.

England und die deutschen Reparationen.

London, 23. Februar. (WTB.) Der Schatzkanzler Baldwin erwiderte gestern im Unterhause auf eine Anfrage des liberalen Parlamentsmitgliedes Lambert, er habe keinerlei Mitteilung seitens der deutschen Regierung erhalten, worin diese ihre Bereitschaft ausdrückte, Reparationen in dem vom Premierminister auf der Pariser Konferenz vorgeschlagenen Umfang zu bezahlen. Deutschland habe beträchtliche Reparationszahlungen gemacht, und die Frage, um die es sich gehandelt habe, sei die Fähigkeit Deutschlands fortzuführen, seine Verpflichtungen zu erfüllen. Im letzten November habe Deutschland um ein Moratorium nachgefragt.

Die „Übernahme“ der Rhein-Ruhrbahnen.

Paris, 23. Februar. (EG.) Gestern Abend reiste der Generalsekretär des Ministeriums für öffentliche Arbeiten, Rathenau, in Begleitung des Staatsbahndirektors Breaud nach Düsseldorf, um einer Konferenz beizuwohnen, die heute tagen wird und an der General Drgoutte, General Bayot und der Oberkommissar Lizard teilnehmen werden. Nach dieser Konferenz wird die Zivilverwaltung über die Eisenbahnen im besetzten Gebiet eingeführt. Sie wird den Militärbehörden in derselben Weise unterstellt sein wie früher die deutsche Leitung der Eisenbahnen. Zum französischen Direktor wird Breaud ernannt. Ihm werden zwei Stellvertreter, ein belgischer und ein Franzose, beigegeben werden, der eine für die nördliche, der andere für die südliche Befehlszone.

Die Austreibung der Eisenbahner.

Essen, 23. Februar. (WTB.) Die Reichsbahndirektion und der von sämtlichen Gewerkschaften gebildete Abwehrausschuß haben folgenden Aufruf erlassen:

Die Franzosen gehen jetzt dazu über, auf den stillgelegten Strecken und Bahnhöfen die Beamten und Arbeiter aufzufordern, ihren Dienst wieder aufzunehmen, und zwar unter französischem Befehl, widrigenfalls sie ihre Wohnung in kürzester Frist räumen müssen. Der Franzose will jetzt den Einzigen an seiner empfindlichsten Stelle treffen, er will ihm sein Heim rauben. Das Opfer, das das Vaterland von euch fordert, ist groß, aber es muß gebracht werden, wie schon viele eurer Brüder es gebracht haben und noch bringen werden. Eisenbahner, ihr wißt, daß die Verwaltung, die Regierung und das Volk hinter euch stehen und euch den euligen helfen. Ihr werdet voll entschädigt werden. Jeder einzelne Eisenbahner steht jetzt in der Front, tut eure Pflicht als Deutscher!

Essen, 23. Februar. (WTB.) Der Präsident der Reichseisenbahn-Direktion Essen hat an den Präsidenten der Reichseisenbahn-Unterkommission in Essen folgende Note gerichtet:

Nach hier vorliegenden Meldungen ist den Beamten in der militarisierten Nord- und Südstrecke eine Frist von 48 Stunden zur Aufnahme des Dienstes für die Befehlsmächte gestellt worden, widrigenfalls sind die von ihnen bewohnten Dienstwohnungen zu räumen. Gegen die hiermit angeländigte Austreibung der den Gesetzen ihres Vaterlandes treuen Beamten samt ihren Familien aus ihren Wohnungen erhebe ich namens des mir unterstellten Personals und der Verwaltung feierlichst Protest. Die beabsichtigte Maßnahme stellt sich dar als ein Eingriff allerhöchster Art in die natürlichen Rechte des Menschen auf Wohnung und Heimat. Mitten im Winter sollen Frauen und Kinder, Greise und Kranke schutzlos auf die Straße geworfen, der Kälte und dem Elend preisgegeben werden. Abgesehen davon, daß ein derartiges Vorgehen mitten im Frieden den allgemein anerkannten Grundgesetzen des Rechts und der Menschlichkeit widerspricht, kann es nach meinem Dafürhalten auch nicht einmal mit den Erfordernissen der militärischen oder betrieblichen Notwendigkeit begründet werden. Ich darf daher dem Wunsche und der Erwartung Ausdruck geben, daß es Ihrem Einfluß, Herr Präsident, gelingen möge, den beabsichtigten Gewaltakt abzumenden.

Verlustliste des Ruhrkriegs.

Nach den bisher an amtlicher Stelle vorliegenden Meldungen sind in den allbesetzten und den Einbruchgebieten seit dem Einmarsch der französisch-belgischen Truppen in das Ruhrgebiet 270 Personen verhaftet worden, 97 Personen sind verhaftet und danach ausgewiesen worden, 395 Personen sind sofort ausgewiesen worden. 16 Umsiedelungen wurden widerrechtlich verfügt, 9 Personen sind als erschossen und 13 als vermißt gemeldet worden.

Es handelt sich bei diesen Zahlen nur um die mit Namen bekannten Personen. Die Gesamtzahl ist in allen Fällen wesentlich höher. So sind, soweit bisher bekannt, allein über 100 Personen ohne Angabe der Namen als verhaftet gemeldet worden.

Republikanischer Schutzbund.

Wien, 23. Februar. (WTB.) Wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, hat die Sozialdemokratische Partei mit Rücksicht auf die kürzlich wiederholten Zusammenstöße mit monarchistischen Elementen die Gründung eines republikanischen Schutzbundes beschlossen.

Dollar 22250.

Die Geldknappheit scheint sich in den letzten Tagen der Monats ganz bedeutend verschärft zu haben. Sie läßt an der Börse jegliche Unternehmungslust. Im heutigen Devisenverkehr fanden kaum nennenswerte Umsätze statt. Der Dollar wurde gegen Mittag mit 22250 gehandelt. Es verlautet, daß die Unterbringung der Goldanteile doch allerlei Schwierigkeiten macht. Die Banken haben sich erst unter einem gewissen Druck entschlossen, einen großen Betrag aufzunehmen. Außerdem sind angeblich Verhandlungen mit schweizerischen Finanzgruppen, einen Teil der Anleihe zu platzieren.

Im Effektenverkehr war heute das Geschäft sehr still, und die Kursbewegung eher nach unten gerichtet.

schnitt es an und versichert, daß die Bereitwilligkeit zu helfen in England viel größer sein würde, wenn in dieser Beziehung bessere Garantien gegeben wären. Das sollen sich diejenigen vor Augen halten, die glauben, daß die Stimmung drüben durch Propaganda nach berühmtem Kriegsmuster zu beeinflussen sei. Die deutschen Intellektuellen in London nicht besser wahrgenommen werden, als wenn mit Entschiedenheit alles geschieht, um das Umschlagen des gewaltigen Widerstandes in einen gewaltigen zu verhindern und gleichzeitig der Beweis erbracht wird, daß man nach der Befreiung des Ruhrgebiets die dann noch vorhandenen Kräfte tatsächlich mobilisieren wird, um zu einer Verständigung mit der Entente zu gelangen.

Das alles brauchen freilich diejenigen nicht zu beachten, die davon überzeugt sind, daß Deutschland ohne fremde Hilfe jetzt in der Lage sein werde, den „Endsieg“ zu erringen und den Zustand vor dem Weltkrieg wieder herbeizuführen. Es gilt nur für die, die einer Unterstützung von außen nicht ganz entraten zu können glauben. Bonar Law hat in seiner ersten Rede die Möglichkeit offen gelassen, daß England zu gegebener Zeit, sei es unmittelbar, sei es auf dem Wege über den Völkerbund doch noch intervenieren werde. Die Ausichten, daß ein solcher Schritt, auf den auch die französischen Schulden an England nicht ganz ohne Einfluß sein werden, schnell und rechtzeitig geschieht, sollen wir freilich nicht überschätzen. Aber auf der anderen Seite wäre nichts verhängnisvoller, als wenn diese Wege durch unsere Schuld verbarren würden.

Militär und Politik.

Zur gestrigen Reichstagsdebatte.

Die gestrige Debatte über den Reichswehretat wird in verschiedenen Blättern besprochen, und dabei werden auch nähere Mitteilungen über die Dinge gemacht, die in den letzten Monaten zu Verhandlungen zwischen der preussischen Zivilverwaltung und dem Reichswehrministerium Anlaß gaben. So wird im „Berliner Tageblatt“ von gewissen Beziehungen gesprochen, die zwischen den Selbstschutzbänden und einigen Stellen im Reichswehrministerium bestanden. Auch andere Organisationen, wie z. B. der „Brandenburger Heimatbund“, hätten Anknüpfungen im Reichswehrministerium gesucht und gefunden. Es habe sich dabei um Organisationen gehandelt, die, nach den aufgefundenen Papieren zu schließen, unzweifelhaft illegaler Natur waren. In Rüsting seien Zeitschriftengruppierungen, aus jungen Bauernsöhnen und Gymnasialisten bestehend, in mehrwöchigen Kursen ausgebildet worden. Herr Dombrowski, der über diese Dinge berichtet, führt dann weiter aus:

Ebenso unstatthaft ist ein unmittelbarer Verkehr der Reichswehr mit den unteren Verwaltungsbehörden, etwa mit den Landräten, in deren Händen die ganzen Regierungsgeschäfte des Kreises zusammenlaufen. Das Reichswehrministerium hat sich in seinem Aufgabebereich ausschließlich auf die militärischen Angelegenheiten zu beschränken. Seine unteren, seine ausführenden Organe sind die Wehretatskommandos. Darüber hinaus hat es nichts zu suchen. Alles übrige ist, wenn notwendig, über das Reichskabinett und dann, in weiterem Verlauf, über die Ministerien der einzelnen Länder zu leiten. Das mag, in dieser Absteckung der Kompetenzen, engherzig, mag bürokratisch klingen. Aber es gibt gewisse Fragen, die man nicht klar und bestimmt genug abgrenzen kann, und jeder abweichende Schritt von dem genau vorgeschriebenen Wege führt in die Irre. Das Vertrauen, das die deutsche Republik sich langsam wieder in der Welt erwirbt, würde aufs schwerste erschüttert werden, falls auch nur der leiseste Verdacht eines wieder erwachenden politischen Militarismus entstände. Gerade jetzt, wo wir an der Ruhr erfolgreich die politische Waffe der passiven Resistenz gebrauchen, würde auch nur der Schein einer absichtlichen aktiven Gegenwehr nicht nur die innere Abwehrfront zerstören, sondern auch die öffentliche Meinung der Welt gegen uns aufbringen. Ja, Frankreich hätte dann vielleicht eine willkommenen Rechtfertigung für seine militärische Invasion mitten im Frieden.

Das sind Worte, denen jeder vernünftige Mensch nur zustimmen kann. Von der Reichsregierung ist zu verlangen, daß

sie den begangenen Fehlern nachgeht und sie bis an die Wurzel beseitigt. Genosse Schöppin hat gestern schon die Entschlossenheit der Sozialdemokratischen Partei betont, den Dingen auf den Grund zu gehen und auf die Herstellung einer Ordnung zu dringen, die alle aus einer unbefugten Militärpolitik drohenden Gefahren beseitigt.

Der Reichswehrminister Dr. Gessler hat in seiner gestrigen Rede alle diejenigen, die an eine Umwandlung des passiven Widerstandes in einen aktiven denken, als Verrückte bezeichnet, es ist von ihm zu verlangen, daß er Verrückte in seinem Ministerium und in der Reichswehr nicht duldet. Es gibt aber auch noch andere Leute, denen bei ihren Treibereien die innerpolitischen Ziele den außenpolitischen weit voran stehen. Während die Sozialdemokratie im besten wie im unbefestigten Gebiet die Front des passiven Widerstandes gegen die französische Gewaltpolitik hält und für die Sache des deutschen arbeitenden Volkes mit steigendem Erfolg um die Sympathien der ganzen Welt wirbt, denken jene Leute nur daran, eine neue Dolchstoßlegende gegen sie zu präparieren, um im geeigneten Augenblick selber mit bewaffneter Hand gegen die deutsche Republik vorstoßen zu können. Diese Leute als Verrückte zu bezeichnen, wäre eine Entschuldigung die sie nicht verdienen, und es kann nicht zugehört werden, wie sie in geheimen Verbindungen mit patriotisch klingenden Namen sich das Werkzeug für ihre verbrecherischen Pläne zu schmieden versuchen.

Es ist die Pflicht der Reichsregierung, gegen solche Gefahren alle nur möglichen Sicherheiten zu schaffen und den Leuten auf die Finger zu sehen, die, während sie große Reden gegen die französische Republik führen, es doch zuletzt auf die deutsche abgesehen haben. Darüber erwarten wir von der weiteren Debatte über den Reichswehretat die notwendige Klarheit.

Wucher und Sozialdemokratie.

Im Rechtsausschuß des Reichstags bemühten sich Regierung und Parteien, die zurzeit über den Wucher geltenden Bestimmungen im Notgesetz zu verschärfen. Es ist ganz selbstverständlich, daß die Sozialdemokratie sich von niemandem darin übertreffen läßt, den Wucherern zu Leibe zu gehen. Trotzdem erlaubt sich die „Germania“, die Behauptung aufzustellen, daß unsere Genossen im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien bei der Bekämpfung des Wuchers versagt hätten. Diese Behauptung wird darauf geführt, daß unsere Vertreter gegen den Antrag gestimmt haben, in gewissen Fällen des Wuchers Todesstrafe und Vermögensentziehungen vorzunehmen.

Dabei haben die Vertreter unserer Fraktion, abgesehen von unserer prinzipiellen Ablehnung von Todesstrafen, diesen Antrag abgelehnt, weil seine Annahme nur dazu führen würde, eine wirkliche Bestrafung der Schieber und Wucherer zu erschweren. Wenn nämlich das Gesetz in gewissen Fällen von Wucher Todesstrafe vorsehen würde, so sähe das zwar auf dem Papier recht gut aus, aber wo wäre in der Praxis der heutigen Klammerschere der Richter zu finden, der auf Todesstrafe erkennen würde. Bei der Zusammenfassung unserer Berichte ist die Gefahr zu groß, daß Richter bei der Wahl zwischen Todesstrafe und Freisprechung eher solche Wucherer freisprechen als zum Tode verurteilen würden.

Ganz ähnlich steht es bei der von der bürgerlichen Seite verlangten Strafe der Vermögensentziehung. Wer die Praktiken der Wucherer kennt, weiß ganz genau, daß es diesen Leuten ein leichtes ist, ihr Vermögen zu verschleiern. Würden sie zu Vermögensentziehung verurteilt werden, so würde sich herausstellen, daß sie Vermögen nicht besitzen, sie würden strafflos ausgehen und nicht einmal in ihrem Geldbeutel getroffen werden. Statt dessen verlangten unsere Genossen, daß im Gesetz unbegrenzte Geldstrafe vorgesehen würde. Eine solche Regelung wäre viel wirksamer, weil im Falle einer durch Schiebung konstruierten Vermögenslosigkeit an die Stelle der Geldstrafe eine Freiheitsstrafe treten würde. Die nähere Betrachtung ergibt also, daß unsere Genossen gegen Todesstrafe und Vermögensentziehung gestimmt haben nicht etwa aus Rücksicht auf die Wucherer und Schieber,

sondern um diese Gesellschaft schärfer zu treffen als durch die von den bürgerlichen Parteien beantragte, aber nur auf dem Papier stehende Androhung von Todesstrafe und Vermögensentziehung.

Die Dolchstoßlegende.

München, 23. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das noch immer unter demokratische Flagge folgende Hauptorgan der bayerischen Reaktion, die „Münchener Neuesten Nachrichten“, bringt in ihrer Donnerstagsnummer eine angeblich schwedische Stimme zur Ruhrbesetzung an leitender Stelle. Der Artikel beginnt: „Nachdem von sozialdemokratischer Seite wieder der Dolchstoß von hinten versucht wird...“

Die „Münchener Post“ bemerkt dazu: „Das stellt in der langen Reihe der gegen die Sozialdemokratie und ihre Presse von den Verantwortlichen der „Münchener Neuesten Nachrichten“ erhobenen niedrigen Anwürfen den Gipfelpunkt aller Verhöhnung dar. Im Ruhrgebiet steht die sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Arbeiter- und Angestelltenchaft in der vordersten Reihe der Abwehrfront gegen den Trejan des französischen Imperialismus. An der Ruhrfront ist die organisierte Arbeiterschaft den Uebergriffen und Gewalttaten französischer Soldaten ausgesetzt. An der Ruhr werden Gewerkschaftsführer, Betriebsräte, einfache Arbeiter, pflichttreue Angestellte und Beamte, die sich zum Sozialismus bekennen, auf französische Weise verhaftet, verurteilt, verschleppt und ausgewiesen. Nach eigenem französischem Geständnis ist der Widerstand der Arbeitermassen, die zum größten Teil sozialdemokratisch und freigewerkschaftlich organisiert sind, zurückzuführen. Sozialdemokratische Redakteure und Regierungspräsidenten hat man wegen ihrer deutschen Gesinnung und ihrer aufrechten Haltung verurteilt und ausgewiesen. Sozialistische Parteiblätter werden allerorten wegen ihrer patriotischen Einstellung von den französischen Gewalthabern verboten und unterdrückt. Mühen wir davon erinnern, daß die bayerische Pfalz längst dem französischen Einfluß und dem ängstlichen bürgerlichen Französisch zum Opfer gefallen wäre, wenn nicht der starke Widerstand der pfälzischen Sozialdemokratie das verhindert hätte? ... Das alles ist dem Verfasser der Verleumdung in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ bekannt. Also ist er ein schurkischer Verleumder, dem es nur darum zu tun ist, politische Mordbegehung zu treiben. Wie erwarten nach dieser Kennzeichnung, daß er sofort Mut aufgibt, uns zu verklagen.“

Der Steuerausfluß vertagt.

In der heutigen Sitzung des Steuerausflusses des Reichstages stellte der Abg. Lange-Hoegemann (Zir.) den Antrag, die Sitzung zu vertagen. In der Zentrumsfraktion bestanden so große Meinungsverschiedenheiten über das Gewerbesteuergesetz, daß keine Fraktion sich heute weder an der Beratung noch an der Abstimmung beteiligen konnte. Die Beratung des Ausschusses sei deshalb nutzlos. Es müsse Zeit zur Verständigung unter den Parteien gegeben werden. Abg. Bernstein (Soz.) bedauerte die dadurch eingetretene Verzögerung in der Verhandlung des Gesetzes, hielt aber wie die übrigen Redner Rücksichtnahme auf den Wunsch einer großen Partei für notwendig. Die Beratung wurde sodann auf kommenden Dienstag vertagt.

Dieser Zwischenfall zeigt die große Meinungsverschiedenheit über das Gesetz. Sie sind verursacht durch die Ansicht der bürgerlichen Parteien, auch dieses Gesetz so zu gestalten, daß der Wucher gestraft wird. Besonders stark ist diese Tendenz bei der Demokratischen Fraktion. Ihr Hauptredner, der Abgeordnete Dr. Fischer-König, versuchte in der gestrigen Sitzung des Ausschusses sogar eine Milderung für das Kapitalvertehrerische Gesetz durchzusetzen, die der Regierungsvorstellung als einen schwereren Einbruch in das ganze Steuersystem bezeichnete, die einzelnen Steuerzahler große Gebühre machen würde. Dr. Fischer-König in dieser Beziehung wesentlich weiter als der deutsche nationale Abgeordnete Heiserich, und es kam wegen der schweren Zurückweisung seiner Forderungen sogar zu einem heftigen persönlichen Angriff Fischer auf den Staatssekretär Zapf. Erfreulicherweise trat dieser aus seiner sonstigen Zurückhaltung heraus und erteilte dem so kapitalistenfeindlichen Dr. Fischer eine recht entschiedene Abfuhr.

Kammerspiele.

„Fräulein Julie“ ist unter allen realistisch gefärbten Theaterdramen Strindbergs das künstlerisch gerundete. Der Verlauf der Handlung ist wie geladen mit Spannungsträften bestimmend wichtiger Notwendigkeit. In jeder Szene rückt das Schicksal weiter vor, zeigt, an Lebenskunst erinnernd, Rüst und Seelenzustand der Menschen in immer neuen Beleuchtungen. Im Bilde des Gegenwärtigen wird zugleich die Vergangenheit lebendig. Die gedrückte Fülle der Beziehungen und Hintergründe schließt sich, in aller ihrer Mannigfaltigkeit, zu einem inneren Organismus zusammen. Elisabeth Bergner ist eine Julie, die sich in ihrer Eigenart denen der Ensolde und der Durieux, ihrer berühmten Vorgängerinnen, ebenbürtig zur Seite stellt. Der Charm, die Lieblichkeit, die sie besitzt, verleiht ihr in wunderbarer Weise mit der ziellos unbefangenen Triebhaftigkeit, den springenden Sätzen, dem Schwanken zwischen Hochmut und kopfloser Depression, das dem Ganzen eine Fülle, die für das Mädchen, bei aller abstoßenden Verbundenheit, menschlich tiefes Mitleid weckt. Das letzte Spiel lästerner Sensationslust mit dem brutalen Diener, der Umhang, durch den sie seine Beute wird, das demütige Werben um den reich Ernüchterten, der Ausbruch wild empörten Hasses, die Willensfestigkeit und das grausame Ende kamen in gleicher Vollendung heraus. Dem Dänen Heinrich Georges hätte man eine äußere Erscheinung gewünscht, die zur Verlebtheit Justens besser paßt. Aber Grundton und Farbe der egoistisch-harten, entschlossenen Streberseele, die dann nach kurzem Traum des Aufstiegs bei der Rückkehr des gräflichen Herrn in zitternde Halskettenspannung zurückfällt, waren gut getroffen. Sehr natürlich auch Rene Stobrawas Köchin, die Braut des Dieners.

Der Börsenlöcher mit einem von Bernhard Reich reizvoll humoristisch inszenierten alten värmischen Ritterstückchen „Lange ist und Sanderein“, das von Marius Huedner überleitet wird, vor mehreren Jahren im Schauspielhaus erschien. Die Komikitäten der Szenenführung wirkten, von der Regie fern und distanziert, in hohem Maße vergrünlicht. In zwei Akten, die einen später den Wohl vorstellenden Garten flankieren, dauern der Ritter und seine Angehörigen, die tugendhafte Sanderein. Seine Mutter, eine regelrechte Teufelin, bringt ihren Sohn zu schändem Treubruch, worauf ein anderer waderer Rittermann auftritt, der die Verhältnisse, in den Wald Gelohene als Gastin heimführt. Herr Langelot blüht fortan voller Sehnsucht Trübsal und schickt ihr einen Beilen nach, der aber von Sanderein nun nach Gebühr abgetrumpft wird. Der „Epilog“, der das Publikum über die Zwischenvorgänge auf dem Laufenden zu halten hat (von dem kleinen Peter Soldat höchst usig gesprochen), zieht am Schluß die einstuende Moral, daß man zu Frauen, die man liebt, stets gut sein soll, wenn man sie nicht verlieren will. Die Darsteller: Fräulein Bergner als Sanderein, Heinrich Georges als zweiter Rittermann und die Herren Hannemann und Kampers in kleinen Rollen fügten sich dem kindlich heiteren Bilderbogenstil des Ganzen äußerst glücklich ein. Conrad Schmidt.

Culrose Journeus. Der gestrige Abend im Schwetjen-Saal fiel ein wenig aus der Reihe der sonst üblichen Darbietungen dieser Art. Eine jugendliche Tänzerin, die keine Clovin mehr, aber auch noch keine routinierte Virtuosa ist, die nicht nur den Reiz der Unwahrscheinlichkeit besitzt, sondern in dieser Unwahrscheinlichkeit eine ganz persönliche, noch nicht sehr konturreiche, aber starke und interessante Eigenart verrät, eine Künstlerin, die keineswegs durch technische Bravour besticht, aber in dem, was namentlich, manche berühmte Konkurrenz schon heute um Hauptplätze übertrifft: das ist Culrose Journeus. Ihre Kunst entbehrt jedes sinnlichen Chores, sie hat nichts Vorwärtstreibendes, man könnte fast sagen nichts Weltliches. Es ist eine herbe, aggressive, auf Klarheit, Kraft und Schärfe gestellte Kunst. Ihr wichtigstes Ausdrucksmittel ist der Oberkörper, sind namentlich die müden oder wie Mühenfüßler sich drehenden Arme, sind die Hände, die gerne wie Bogersäufte in Angriff und Abwehr durch die Luft fahren. In der grössten Schwere der Bewegungen erinnert sie zuweilen an Charlotte Bara, aber es fehlt ihr das Dämonische und Ekstatische, sie hat etwas vom Kobold und Walschrat und auch ihr Humor ist bissh, herausfordernd, gassenjungerhaft. Was aber besonders aufmerken ließ: der Tanz der Journeus ist wie der der Bara kein Tanz im bisher üblichen Sinne, es ist der Verlust einer direkten Uebertragung von Empfindung und Stimmung in rhythmisch bewegte Form, und zwar in eine Form, die nicht durch Schöpsheit und Grazie zu den Sinnen spricht, sondern durch die direkte Ausdruckskraft der absoluten Linie in die Seele dringt. Die Parallele zur modernen Malerei und Plastik ist unverkennbar. J. S.

„Rosmersholm“ in der Volksbühne Norden. Unter der Spielleitung Otto Kirchners wurde diesmal eine Aufführung gegeben, die zu dem Besten gehört, was die schärfste Bühne des Berliner Nordens jemals aufzuweisen hatte. In vollkommen durchgegründetem und in seinen einzelnen Teilen voll ausgeglichener Spiel kamen die psychologischen Einzelheiten, die oben in dieses Werk hineingelegt hat, überzeugend zum Ausdruck: so und nicht anders durfte der Pastor Rosmer (Otto Kirchner) dargestellt werden. Welche Leidenschaft durchdringt diesen bornierten, engstirnigen, politischen Fanatiker Kroll (Heinz Bernker), der nur seine Anschauung gelten lassen kann und in jedem Andersdenkenden nie den Menschen, sondern nur den Gegner sieht, der mit allen Mitteln niedergeschlagen werden muß, dessen „politisches“ Handeln jeder großen Linie entbehrt und der im persönlichen Kleinkrieg seine Kräfte erschöpft! Die Darstellung der Rebekka Welt durch Rose Feldkirch stand diesen Leistungen vollwertig zur Seite. Sie vermittelte in dem Bekannnis ihres verbrecherischen Tuns eine unerhörte dramatische Wirkung zu erzielen, die tiefen Eindruck machte. Die Rolle des Ulrik Brendel war durch Wolf Truh und die des Veder Mortensgard durch Alfred Wolf ausgezeichnet besetzt. Und Emmi Tobien verkörperte die stille und feine Haushälterin auf Rosmersholm. Die Volksbühne Norden darf sich dieser Leistung freuen.

Schule und Tuberkulose. Die Tuberkulose, die gefährlichste Volkskrankheit, bedroht auch unsere Kinder und in ihnen die deutsche Zukunft. Deshalb muß man den Zusammenhängen zwischen Schule und Tuberkulose besondere Aufmerksamkeit schenken, und die viel-

fachen Beziehungen zwischen den beiden behandelt der Breslauer Stadtschulrat Dr. Somellon in einem ausführlichen Aufsatz der „Sächsischen Wochenchrift“. Die offene Lungen-Tuberkulose kommt in der Schule sehr selten vor, da sich ja im Kindesalter die tuberkulösen Erkrankungen meist noch nicht offen zeigen. Ein schwieriges Problem aber ist die Lebertuberkulose, die zwar nicht wesentlich höher ist als in anderen Berufsgruppen, die aber die gefährlichsten Folgen haben kann. Tuberkulöse Lehrer können in diesem Zustande monatelang, bisweilen jahrelang ihre Umgebung gefährden und in zahllose Kinder den Keim der furchtbaren Krankheit legen. Gewiß haben Schularzt und Schuldirektor die Aufgabe, der Tuberkulose verdächtige Lehrer von der Schule zu entfernen, aber die Feststellung einer solchen Erkrankung läßt auf gewisse Schwierigkeiten, weil niemand die Macht hat, sie zu einer genauen Untersuchung zu zwingen, und manche Lehrer das Bekanntwerden ihrer Erkrankung zu vermeiden suchen, weil sie fürchten, ihre Stellung zu verlieren. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Frage ist es notwendig, das bereits vor der Aufnahme in das Lehrseminar eine gründliche schärzliche Untersuchung erfolgt und auch die Anstellung von einem genauen ärztlichen Gutachten abhängig gemacht wird; sodann muß während des Dienstes bei jeder längeren Erkrankung eine Untersuchung durch einen Vertrauensarzt erfolgen. Kinder mit offener Lungen-Tuberkulose dürfen natürlich die Schule nicht weiter besuchen. Da sie aber Unterricht erhalten müssen, so ist es schwer, sie richtig unterzubringen. In Dänemark werden diese kranken Kinder auf Staatskosten unterrichtet und die Stadt Frederiksberg hat eine eigene Schule für tuberkulöse Kinder eingerichtet. Die ideale Lösung wären Schulanstalten, die aber bei unseren traurigen Wirtschaftsverhältnissen nicht eingerichtet werden können.

Ungelände und unhygienische Schulklassen, schlecht konstruierte Schulbänke, die die Atmung behindern, schlechte Luft, Mangel an Sonne in den Klassen, all das bedeutet eine weitere Gefahr für die Kinder. Die Bekämpfung der Tuberkulose in der Schule hat für die Befreiung dieser Kinder zu sorgen. Das Wichtigste aber ist die rechtzeitige Erkennung der Schuljugend, bei der der Schularzt eine Hauptrolle spielt, indem er gefährdete Kinder in Landheime oder Seehospize, Waldschulen, Freiluftschulen usw. schickt. In Halle hat man Nacherholungsstätten für zu Hause gefährdete Kinder eingerichtet; in Amerika und Italien sendet man Schiffschiffe aus. Die Aufführung über die Tuberkulose im Schulunterricht wird weniger zu empfehlen sein, da die Kinder die Bedeutung dieser Dinge nicht so recht verstehen; dagegen muß man ihnen durch Wort und Tat die wichtigsten hygienischen Regeln beibringen und die körperlichen Übungen nach Kräften fördern.

Das Neue No. 10: Theater am 23. Ernst Barlach Drama: „Der tote Tag“. Das Stück dürfte bereits viele Tage zur Aufführung gelangen. Ernst Barlach lieferte selbst Skizzen als Grundlage für das Bühnenbild.

Musikführungen. Sonntag, den 23. d. M., Uhr vorm. finden musikalische Führungen durch Direktorialrat im Kaiser-Friedrich-Museum (Dolländische Galerie) und im Museum für Völkerkunde (Die Völkerkammer) statt. Eintrittskarten zu 1.00 und Programme zu 0.20 sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

General Watter gegen den „Vorwärts“.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte begann heute unter dem Vorsitz des Amtsratspräsidenten Goring der angeklagte Verleumdungsprozess des Generalleutnants a. D. v. Watter gegen den parlamentarischen Redakteur des „Vorwärts“, Viktor Schiff. Als Zeugen waren erschienen: der preussische Minister des Innern, Sepering, General Kabisch, Major v. Lübow, Polizeioberinspektor Bäder-Karlsruhe, der Führer des Bergarbeiterverbandes, Abgeordneter Husemann-Bodum, sowie die Abgeordneten Klubsch-Dortmund und Brah-Köln. Vor Eintritt in die Verhandlung regte der Vorsitzende die Frage eines Vergleichs an, doch erklärte namens des Beklagten R. A. Dr. Horowich, daß ein Vergleich kaum möglich sei, da nach umfangreichen Ermittlungen und Zeugenaussagen der Beklagte auf dem Standpunkt stehe, daß der gegen General v. Watter erhobene Vorwurf des Verfassungsverstoßes im Rapp-Buch durchaus begründet sei. Auf der anderen Seite betonte R. A. Braeschke für den ebenfalls erschienenen Nebenkläger, daß gerade diese Behauptung absolut unrichtig sei und deshalb keine Vergleichsmöglichkeit bestehe.

Es gelangte dann zunächst

Der Bericht des „Vorwärts“

vom 25. August 1921 über den Verlauf des Frontkämpfertages zur Verlesung, indem es u. a. hieß: „Es war so ziemlich alles an Rechtsbolschewisten verpackt, was in Deutschland herumkriecht. General v. Watter, der russische Weißgardistenführer Kwasoff, Bermond, Graf von der Goltz u. a. m.“ Dann wurde die von Watter hierzu eingehende Verichtigung vorgelesen, in der sich General v. Watter energisch dagegen verwahrt, als Anhänger irgendeines Bolschewismus bezeichnet zu werden, und im Anschluß daran der Kommentar des „Vorwärts“ zu dieser Verichtigung, in dem es heißt: „Auch trotz gewisse Verschwörerfiguren einen rechtsbolschewistischen Charakter, wie jene, die vor einigen Monaten in Karlsruhe stattfand und über die nicht leicht Herr General v. Watter nähere Auskunft geben könnte. Aber die typische Form des Rechtsbolschewismus ist der Putschversuch wie jener Rapp-Putsch, an dem Herr General v. Watter unter Eid- und Verfassungsverstoß auch gewissermaßen als Kommandeur der Reichswehrdivision in Münster solange mitgewirkt hat, bis er seine Aussichtslosigkeit erkannte.“

Der Angeklagte Viktor Schiff übernahm für beide Artikel die straf- und pressegesetzliche Verantwortung und bekannte sich selbst als Verfasser der Erwiderung auf die Zuschrift von Watters, die der „Vorwärts“ damals unter der Überschrift

„Ist er dumm oder tut er nur so?“

gedruckt hat. Hinsichtlich dieser formalen Wendung in dieser Ueberschrift betonte Schiff, daß er nicht die allgemeine Intelligenz des Generals, wohl aber die politische in Zweifel ziehen wollte, aber nicht die Absicht einer Verleumdung damit gehabt habe.

General v. Watter erklärte hierzu, daß er sich an dem Frontkämpfertag auf Wunsch von mehreren hundert Kämpfern seiner alten Division beteiligt habe, ohne zu wissen, von wem die Tagung veranstaltet worden sei. Auf Wunsch derselben Leute habe er dann auch auf den „Vorwärts“-Artikel geantwortet.

Der zweite Verteidiger des Beklagten, Rechtsanwalt Abgeordneter Saenger-München, betonte hierzu, daß am Frontkämpfertag sowohl für die Reichswehr wie für die Kriegsveterane eine Teilnahme verboten gewesen sei, da es sich um eine politische, monarchistische Veranstaltung gehandelt habe, und daß daher diese Tagung durchaus als „rechtsbolschewistisch“ bezeichnet werden konnte.

Dann wandte sich die Verhandlung dem wesentlichsten Teil der Verhandlung, dem Vorwurf der

Teilnahme Watters an einer Verschwörung in Karlsruhe.

Dr. Horowich führte hierzu aus, daß am 18. November 1920 in Karlsruhe im Restaurant „Tergarten“ eine Versammlung stattgefunden habe, die von einem Fabrikanten und früheren Reichswehrführer Otto Wagner einberufen worden sei, der einflussreichen an 20 Personen unter dem ausdrücklichen Hinweis geschickt habe, daß General v. Watter in dieser Versammlung sprechen würde. Wether sei von München kommend auch dort erschienen und habe über die von links drohende Putschgefahr sowie über das Bestehen einer roten Armee gesprochen. Der nebenbei sich die bürgerlichen Elemente rechtzeitig organisieren müßten, da die Regierung viel zu schwach zur Abwehr sei. Wenn man das nötige Geld habe, könne man Kanonen bauen und Waffen beschaffen. Woher das Geld komme, sei ganz gleichgültig. Eventuell könne man den Geldgebern sagen, daß die Regierung ein solches Unternehmen durchaus unterstützen würde. Von dem Vorschlag anderer Redner, eine Organisation ähnlich der Organisation Eisner ins Leben zu rufen, habe Watter abgesehen. Den Vergleich mit der Orgesch solle man lieber unterlassen. Später habe die bolschewistische Regierung vor diesem Unternehmen öffentlich gewarnt, es seien verschiedene Verhaftungen vorgenommen worden, auch Watter solle verhaftet werden, reiste aber noch in der gleichen Nacht von Karlsruhe ab.

General v. Watter betonte hierzu, daß im Laufe des Jahres 1920 er vielfach veranlaßt worden sei, über seine Erfahrungen im Ruhrrevier zu sprechen. In München habe man ihn gelegentlich eines vorübergehenden Aufenthalts nach Karlsruhe eingeladen, um dort vor einer Versammlung zu sprechen. In Begleitung des Oberleutnants v. Urruh habe er sich dann auch dorthin begeben, und zwar absolut nicht im geheimen. Der Vortrag habe aber um 11 Uhr vormittags in einem öffentlichen Lokal stattgefunden und er habe durchaus keinen Zweifel an der Legalität der Veranstaltung gehabt, da ja auch der damalige Führer der badischen Sicherheitspolizei an dem Vortrag teilgenommen habe. Sch schließlich, so erklärte General Watter, die Entwicklung der Kämpfe im Ruhrrevier und betonte, daß die Kräfte der Regierung gegenüber den Unruhmachern von links zu schwach seien. Deshalb hätten sich in Bayern und Norddeutschland bereits Verbände gebildet, die der Regierung gegen eventuellen Unruhmachern zur Verfügung stehen wollten, die in Norddeutschland aber bald verboten wurden.

Für Baden bezeichnete ich die Lage als besonders schwierig, da die badische Regierung diese Verbände ausdrücklich verboten hatte. (Fortsetzung in der Morgen-Ausgabe.)

Devisenkurse.

	28. Februar		29. Februar	
	Käufer (Selbst-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs	Käufer (Selbst-) Kurs	Verkäufer (Brief-) Kurs
1 holländischer Gulden	8077.50	9022.50	8877.50	9022.50
1 argentinische Papier-Peso	8354.06	8393.04	8158.50	8301.20
1 deutscher Frank	1201.98	1208.02	1211.98	1218.04
1 norwegische Krone	4199.47	4290.53	4199.47	4290.53
1 dänische Krone	4379.02	4400.98	4379.02	4400.98
1 schwedische Krone	5309.96	6030.04	5099.96	6030.04
1 finnische Mark	—	—	610.98	614.04
1 japanischer Yen	—	—	10872.78	10927.25
1 italienische Lire	1087.27	1092.78	1102.23	1107.77
1 Pfund Sterling	106483.12	117018.88	106732.50	107267.50
1 Dollar	22643.25	22756.75	22693.12	22809.88
1 französischer Frank	1571.56	1578.44	1596.50	1603.50
1 brasilianischer Milreis	—	—	2568.56	2581.44
1 Schweizer Franc	4289.87	4260.68	4299.25	4310.75
1 spanische Peseta	8511.20	8528.80	8583.06	8583.04
100 österr. Kronen (abgest.)	—	—	81.96	82.14
1 schwedische Krone	—	—	674.81	677.69
1 ungarische Krone	—	—	7.23	7.27
1 jugoslawische Dinar	—	—	182.66	183.34
1 bulgarischer Dinar	—	—	221.44	222.56

Groß-Berlin und seine Bezirke.

Anlässlich der Beratung der deutschnationalen und völksparteilicher Anträge auf Abänderung des Gesetzes über die Bildung der Einheitsgemeinde Groß-Berlin geht jetzt durch alle Bezirke ein Antrag, der sich gegen die „übertriebene Zentralisation der Verwaltung“, wendet und in verfeinerter Form eine Unterstufung der rechtsparteilichen Versuch auf Verlesung des Groß-Berliner Gesetzes ist. In diesem Zusammenhang sind die Ansprachen nicht ohne Interesse, die bei der Einführung des Genossen Kahl als Bürgermeister in Köpenick gehalten wurden.

Oberbürgermeister Böhm wies darauf hin, daß das neue Berlin unter einem ungünstigen Stern ins Leben getreten sei. Die Schwierigkeiten der Bildung der neuen Stadtgemeinde seien durch starken Widerstand mancher Kreise gegen das Gesetz vermehrt worden. Diejenigen, die die Bestrebungen auf Auflösung wichtiger Teile von der Gesamtgemeinde unterstützten, müßten sich im klaren sein, daß ihre Ziele nicht ohne schwere Schädigung des Gemeinwohls zu erreichen seien, denn das neue Berlin bilde bereits ein unzerstörbares Ganze. Schon aus finanziellen Gründen sei eine Zerstückung unmöglich, Berlin denke nicht daran, die einzelnen Bezirke wieder aufzugeben. Es sei nur ein besseres gegenseitiges Verstehen notwendig, und die Bezirke sollten nur beim zentralen Magistrat energisch vorgehen, wenn ihre Interessen nicht genügend berücksichtigt würden. Der Oberbürgermeister wies besonders darauf hin, daß die Erfahrungen des Genossen Kahl im Zentral-Magistrat ihm zum Ausgleich vorhandener Gegensätze besonders geeignet mache.

Genosse Kahl bekannte sich als Freund und Anhänger der Stadtgemeinde Groß-Berlin. In der Zentralisation liege ein gesunder Gedanke, sie müsse aber mit einer gesunden, weitreichenden Dezentralisation zusammengehen. Naturgemäß ergeben sich bei der Durchführung einer so gewaltigen Organisationsaufgabe anfangs Schwierigkeiten. Ihre Abstellung sei aber möglich ohne Gesetzesänderung. Er werde sich bemühen, das Beste für den Bezirk in enger Zusammenarbeit mit Groß-Berlin herauszuholen.

Durch den Eintritt des Genossen Kahl als Bürgermeister in Köpenick ist in der Berliner Verwaltung ein Novum geschaffen. Genosse Kahl ist zurzeit nicht nur Bürgermeister von Köpenick, sondern auch unbesoldeter Stadtrat im zentralen Berliner Magistrat. Dieser Fall zeigt, daß zur Verbindung der Bezirke mit dem Magistrat, wie sie in den Abänderungsanträgen zum Gesetz für die Zusammensetzung des zentralen Magistrats gewünscht wird, eine Gesetzesänderung nicht notwendig ist.

RVG.

Projekt Dorara und Genossen.

Vor der 1. Strafkammer des Landgerichts I begann heute früh unter Vorsitz von Landgerichtsrat Dr. Braun der auf mehrere Tage berechnete Prozeß, der die seinerzeit viel besprochenen Zustände in der Städtischen Kleiderverwertungsgesellschaft (RVG) und die dort angeblich vorgekommenen Veruntreuungen aufklären soll.

Angeklagt sind wegen Untreue und Preistreiberie durch Kettenhandel der Kaufmann Franz Kovarra, der Kaufmann Otto Petermann und der Kaufmann Alfred Giese. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Schuhmacher, während die Angeklagten durch Justizrat Dr. S. Löwenstein und Rechtsanwalt Daniel verteidigt werden. Es ist eine große Zahl von Zeugen geladen, darunter mehrere Stadträte und Mitglieder des Magistrats. Als Sachverständiger fungiert Oberstbaurat Solowitsch. Der größte Teil der Zeugen wird bis zum Montag entfallen. Der Angeklagte Kovarra war von 1917 bis zum 6. April 1921, an welchem Tage er verhaftet wurde, Geschäftsführer der Kleidervertriebs-G. m. b. H. Diese war ein von der Stadt zur Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Kleidungsstücken eingerichtete Unternehmen. Petermann war Personalchef und später Betriebsleiter. Giese Einkäufer. Der RVG war zunächst eine Schuh-, Bekleidungs- und Ausbesserungsanstalt angegliedert. Als diese im Jahre 1919 aufgelöst wurde, gründeten die drei Angeklagten die Groß-Berliner Schuhbefehtungs- und Ausbesserungswerkstätten-Gesellschaft. Kovarra war Vorsitzender des Aufsichtsrats. Die Anklage macht nun Kovarra, der übrigens schon nach 20 Tosen wieder aus der Haft entlassen worden war, zum Vorwurf, daß er diese Doppelstellung benutzte, um sich Vorteile zu verschaffen, indem er die von der RVG gekauften Waren den Reparaturwerkstätten zumies und von diesen mit einem Aufschlag wieder für die RVG zurückkaufte. Außerdem soll Kovarra in ähnlicher Weise aus seiner Stellung bei der RVG durch Provisionen Nutzen gezogen haben. Der Angeklagte Kovarra bestreitet ganz entschieden die ihm zur Last gelegten strafbaren Handlungen.

Ohreifeigen zur rechten Zeit.

Selbstverleugung einer energischen Dame.

Einen sehr unangenehmen Reinsfall erlebte ein Gepäckwandler mit einer energischen Dame, die er in Begriff war, um ihr Gepäck, das einen Millionenwert hatte, zu betragen.

Ein Mann, der sich Opaas Oppmann nannte und für einen Pensionhaber aus Thüringen ausgab, erlief in einer Berliner Zeitung eine Anzeige, daß er bessere junge Dame, Fräulein oder Witwe zur Beaufsichtigung des Personals seiner Pension suche. Eine junge Frau aus Berlin meldete sich und erhielt die briefliche Aufforderung, nach einem Hotel in der Königgrübler Straße zu kommen. Dort wurde dann auch der Vertrag abgeschlossen. Noch am gleichen Abend sollte die Adresse nach Thüringen erfolgen. Oppmann verstand es aber, die Dame mit der faulen Ausrede hinzuhalten, er wolle auch noch ein anderes junges Mädchen abholen, die Bernburger Straße 26 wohnt. Mit einem Auto, das die erste Dame und ihre Sachen im Werte von 1 1/2 Millionen Mark aufnahm, fuhr er auch hin. Angelommen hat Oppmann die Dame, das Mädchen aufzusuchen und mit ihm abzusprechen. Das ganze Gebaren kam aber der Dame verdächtig vor. Sie beobachtete den Mann durch ein Fenster der Haustür und sah, wie er nach kurzer Zeit das Auto bestieg und dem Führer zurück, nach dem Potsdamer Bahnhof zu fahren. Jetzt schrie sie hinaus und schlug Alarm. „Oppmann“ tat sehr entsetzt, spielte den Verleugerten und flog aus. Als jetzt die Dame nach ihrem Gepäck griff, sah er sie in den Wagen hinein, stieg mit ein und wies den Chauffeur von neuem an, nach dem Potsdamer Bahnhof zu fahren. Nunmehr forderte die Dame ihren sonderbaren Begleiter auf, mit ihr nach dem Polizeipräsidium zu fahren und gab ihrer Aufforderung durch ein paar kräftige Ohreifeigen einen nicht zu mißverstehenden Nachdruck. Jetzt sprang Oppmann aus dem Wagen und verschwand. Seine Verfolgung blieb wegen des starken Verkehrs am Potsdamer Bahnhof herum vergeblich. Es handelt sich ohne Zweifel um einen Schwindler, der mit diesem Trick gewerbsmäßig arbeitet.

Falsche Reichsbanknoten zu 1000 M.

Von den seit Oktober v. J. dem Verkehr zugelassenen Reichsbanknoten zu 1000 Mark mit dem Datum des 15. September 1922 ist eine Fälschung aufgetaucht, die als solche an den nachstehend aufgeführten hauptsächlichsten Merkmalen unschwer zu erkennen ist. Papier: Glatt, weich im Stoff. Das Wasserzeichen ist durch Freidruck vorgetauscht. Vorderseite: Ratte, unruhig, durch den neuen Wasserzeichenaufdruck mehr verwilderte Gesamtausführung. Die bei echten Noten in der Mitte befindliche große helle Wertzahl 1000 mit der ornamentalen Umrahmung im Untergrundmuster fehlt.

Rückseite: Das Vintennmuster des Grunddrucks ist flächiger gehalten. Die kleinen dunklen, regelmäßig wiederkehrenden Kraftstellen des echten Papiers fehlen. Vor Annahme dieser Nachahmungen wird gewarnt. Für die Aufdeckung von Fälschungsmerkmalen zahlt die Reichsbank, deren Fälschungsbekämpfung Kurstrafe 40 III entsprechende Mitteilungen unter Zusage von Disziplin entgegennimmt, an Personen aus dem Publikum nach wie vor hohe Belohnungen.

„Voll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

50 000 Mark Belohnung. Dem Radfahrer der Firma Armin Lemmer, Berlin SW 68, Zimmerstr. 34, wurde am Sonnabend, den 17. Februar, am späten Vormittag aus einem offenen Dreirad ein Paket, enthaltend einen Elektrizitätszähler, Fabrikat Aron, 200 Amp., 500 Volt, Nr. 1819 023, entwendet. Der Apparat ist ungewöhnlich und kaum zu verwerten, der Metallwert ist gering; der Wert steht in der Präzisionsarbeit. Wer den Zähler zurückbringt, erhält eine Belohnung von 50 000 Mark. Recherchierungen oder strafrechtliche Verfolgungen werden nicht eingeleitet.

Dank. Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme beim Hinscheiden meines lieben Vaters lamm ich nur auf diesem Wege im Namen aller Angehörigen dank sagen.

Elsa Vogtbert.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend trübe und neblig mit leichten Schneefällen und mäßigen südöstlichen Winden. Temperatur um den Gefrierpunkt schwankend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 20. Abt. Die Einbürgerung des verstorbenen Genossen Paul Oberlein findet Sonnabend, den 24. mittags 11 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstr. statt.
- 11. Abt. Hohenberg. Sonnabend, den 24. abends 7 1/2 Uhr. Punkt ordnungsgemäß bei Sieck, Wilmersdorf. Ede Rittergüter Tagesordnung: Stellungnahme zur Delegiertenwahl der Konsumgenossenschaft.
- 131. Abt. Kleberhöfen. Sonnabend, abends 8 Uhr, wichtige Funktionärskonferenz der Rabatsch, Umlandtruppe.

Gewerkschaftsbewegung

Das Mädchen für alles.

Für die Kommunisten sind die Gewerkschaften gerade gut genug, um ihre Parteilogik zu betreiben. Zu diesem durchsichtigen Zweck wird von den Gewerkschaften das Unmögliche gefordert und als „Berat“ ausgeführt, wenn die Gewerkschaften diese unmöglichen Aufgaben nicht lösen. Das neueste auf diesem Gebiete leistet sich die Rote Fahne, indem sie, Troski zitierend, folgendes schreibt:

„Wir sehen also, daß, so wenig sich die Gewerkschaften in allen Ländern auf rein wirtschaftliche Aufgaben und Kämpfe beschränken können, sondern in der Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder in die politischen Kämpfe eingreifen müssen, so wenig können sie die Organisation der bewaffneten Arbeiterwehren ablehnen, wenn die Arbeiterklasse von Konterrevolutionären angegriffen wird.“

Sowohl man aus diesem etwas krausen Deutsch klug werden kann, sollen die Gewerkschaften nach russischem Muster nun auch „Arbeiterwehren“ bilden. Die Gewerkschaften sollen also nicht nur oder vielmehr nicht so sehr die Lohn- und Arbeitsbedingungen verbessern, sie sollen Politik treiben, die Preise kontrollieren, die Betriebe organisieren usw. und sie sollen nun auch eine „Rote Armee“ bilden. Wer diesen Unsinn nicht mitmacht, ist natürlich ein „Verdächtig“.

Ein merkwürdiger Volkshilfsstättenverein.

Der Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Ortsverwaltung Berlin, wird uns geschrieben:

Als ein erbitterter Feind der Tarifverträge erweist sich der Vorstand des Volkshilfsstättenvereins vom Roten Kreuz und dessen Verwaltung in Hohenzischen. Der von der zuständigen Organisation mit dieser Verwaltung abgeschlossene Tarifvertrag sah in seiner Schlussbestimmung vor, daß nach Ablauf des Tarifes ein neuer abgeschlossen werden und daß bis zum Inkrafttreten des neuen Tarifes der alte in Gültigkeit bleiben sollte. Nachdem die Verwaltung vom 31. Dezember 1922 den Vertrag gekündigt hat, weigert sie sich nicht nur darin, einen neuen Tarif abzuschließen, sondern erfüllt auch nicht mehr die von ihr schriftlich anerkannten Verpflichtungen des alten Vertrages. Wegen dieses Vorgehens und Vertragsbruches ist nunmehr der Klageweg vor dem ordentlichen Gericht beschritten worden.

Auf der einen Seite besteht der Volkshilfsstättenverein alle Welt um Unterstützung an — selbst die Ortsausschüsse des RVG, sind von ihm vor einiger Zeit aufgefordert worden, eine Ueberstunde zum Besten des Vereins zu leisten —, und auf der anderen Seite bezahlt der Vorstand des Vereins seinen Arbeitern einen Stundenlohn von 240 Mark im Januar und 308 Mark ab 2. Februar. Wie die Arbeiter von diesen jetzt 8 Goldpfennigen sich und ihre Familie ernähren sollen, darüber braucht sich die Verwaltung allerdings nicht den Kopf zu zerbrechen, da die Verwaltungsbeamten ja außer ihrem Gehalt, freier Wohnung, Licht und Heizung volle Verpflegung für sich und ihre Familie aus der Anstaltskasse beziehen. So anerkenntswürdig auch die sozialen Bestrebungen des Volkshilfsstättenvereins an sich sind, so unzulässig handelt er an seinen Arbeitnehmern, indem er sie zu einem langsamem, aber sicheren Hungertode verurteilt.

Zur kommunistischen Agitation unter den Holzarbeitern.

In einer Volksversammlung der kommunistischen Holzarbeiter fand am Sonntag die Aufgaben bestimmt worden, die in der bevorstehenden Zeit im Holzarbeiterverbande durchzuführen sind. Ihre nächste Aufgabe soll die Eroberung der Delegiertenmandate der Berliner Generalversammlungen und die Befreiung der Ortsverwaltung sein. Vom Bureau in der Münzstraße wird Agitationsmaterial mit müssen Bestimpfungen gegen die freien Gewerkschaften ausgegeben, wie wir sie aus der „Roten Fahne“ kennen.

Diese Vorarbeit zur kommunistischen „Einheitsfront“ hat bis jetzt erreicht, daß der größte Teil der früher politisch gut organisierten Holzarbeiter heute keiner Parteiorganisation angehört. Durch fortgesetzte Verleumdungen, Verdächtigungen und Bestimpfungen ist es unseren „revolutionären“ Kommunisten wohl gelungen, den Holzarbeitern die politische Betätigung zu vereiteln und zugleich Mißtrauen gegen die Verbandsfunktionäre zu verbreiten.

Obwohl nun eine große Anzahl Holzarbeiter trotz ihrer Verbandszugehörigkeit den Einrichtungen und Funktionen des Verbandes unfreundlich, ja sogar feindselig gegenüberstehen, sind sie doch nicht kommunistische Parteimitglieder. Unter den Holzarbeitern ist die kommunistische Partei nicht einmal so stark, daß es möglich gewesen wäre, in allen Bezirken und Branchen sozial kommunistische Parteimitglieder aufzustellen, wie Kandidaten gebraucht werden. Die kommunistische Fraktion hat sich damit gehalten, überall schon ausgesetzte Kandidaten in ihre Organisation einfach aufzunehmen. Mit diesen neuen „Revolutionären“ sollen nun alle Verbandsämter erobert, der Verband mit „revolutionärem Geist“ erfüllt und auf den Klassenkampfboden gestellt werden!

Den Holzarbeitern läßt die RVG-Fraktion Riesensätze und überwälzenden Anhang vor. Durch Ueberumpelung der Versammlungen, Vordrängen mit Wortmeldungen und Anträgen und Ausschließung der ganzen Versammlungszeit mit immer denselben, von der Zentrale gelieferten kommunistischen Reden soll der Eindruck erweckt werden, als wenn es nur noch Kommunisten unter den Holzarbeitern gäbe, für die endlich die Zeit gekommen wäre, entsprechend ihrer übergroßen Macht die ganze Leitung des Verbandes in die Hände zu nehmen.

Diese Agitation unter der großen Anzahl Holzarbeiter, die nicht mehr Parteimitglied sind und auch keinen „Vorwärts“ lesen, wird ihre Wirkung nicht verfehlen, wenn ihr nicht entgegengetreten wird.

Unsere Parteigenossen müssen jetzt ihre Zurückhaltung aufgeben und unverzüglich den Kampf gegen die kommunistische Eroberung des Verbandes aufnehmen! Alle bisherige Parteitagung ist vergeblich gewesen, wenn nicht jetzt, im rechten Augenblick, die erforderliche Abwehr geleistet wird. Verlorener Boden ist schwer wieder zu gewinnen. Nicht erst in der nächsten Versammlung, sondern unverzüglich und im Betrieb muß für unsere Sache eingetreten werden. Parteigenossen! Erfüllt eure Parteipflicht und werbt für unsere Organisation.

Holzarbeiter-Sperre! Die Firma Krüger u. Schumacher, Greifswalder Straße 28, hat es nach Beilegung des Streiks im Holzgewerbe abgelehnt, sämtliche Mitglieder des Deutschen Holzarbeiterverbandes wieder einzustellen. Verhandlungen zwecks Wiederaufnahme der Arbeit durch die gemahregelten Kollegen lehnt die Firma ab und hat vier Arbeitskräfte durch Zeitungsinferate eingestellt.

Der Betrieb ist für organisierte Arbeiter wegen obiger Maßnahmen gesperrt. Die im Betrieb verrichtete Arbeit wird als Streikbruch angesehen. Wir warnen dringend vor Zugzug! Deutscher Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Berlin.

Musikinstrumentenarbeiter, Richtung Amsterdam und Compagniearbeiten! Am Sonnabend nachmittags 2 1/2 Uhr (gleich nach Feierabend) wichtige Versammlungen in nachfolgenden Lokalen: 1. Reichenderger Hof, Reichenderger Straße 147, 2. Reichenderger Straße 28, Ecke Glogauer Straße, 3. Adenauer Straße 194, Ecke der Köpenicker Brücke, bei Rosenbergs, 4. Große Frankfurter Straße 1 bei O. Bauer, 5. Frankfurter Allee 282 bei Adnig, 6. Widenerberg, Südbrunnstraße, Ecke Frankfurter Allee 7, Greifswalder Straße, Ecke Garmen-Straße, bei Ortel, 8. Brunnenstraße 79 bei Többling, Nähe der Voigtstraße, 9. Neulöh, Kottbuser Damm, Ecke Westerküche, bei Pöhl, 10. Eppelton, Rennbahn, Eisenstraße 115-116, Tagesordnung: Welche Wirkung hat die Rückkehr auf das Streikverbot und welche Aufgaben hat die Arbeiterkraft und die Gewerkschafts-Internationalen Amsterdam? Unabdingbar: vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Zutritt zur Versammlung haben Mitglieder des Holzarbeiterverbandes und ist bis Kontinente durch die Kollegen des Betriebs auszuüben. Der Verbandsrat.

Sport.

Die gekriegen Wettkämpfe im Sportbafak brachten im Hauptkampf einen Ueberrausch Sieg des Hallas über Baler. Der Hallenser erlebte den Sieger durch Niederlegung bereits in der ersten Minute. Offenbar mußte Baler nicht, welchem Gegner er in Spalla gegenüberstand. Einen guten Kampf — über 10 Runden unentschieden — lieferten ferner Kautz und Drelapl. Drelapl. wählte in der 3. Runde bis auf 8 niedergehen, erholte sich aber bald und bewies im weiteren Verlauf des Kampfes lapidare Draufgängerium. Im Kampf Erich Kober gegen K. Mellon legte Kober nach Punkten. Sieger nach Punkten blieb seiner Jebu über sich K. auf, der gegen den Engländer trotz aller Mühen nicht viel austragen konnte.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Victor Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glade, Berlin. Verlag: Sport-Verlag G. m. b. H. Berlin. Druck: Formis-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Gewaltiger Preisabbau

Wesentlich ermäßigte Preise!
Infolge günstigen Einkaufs bin ich in der Lage, folgende Waren: Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Streifhosen, Gummimäntel mit **10% Ermäßigung** abzugeben.

Hugo Simon

Spezialhaus für erstklassige Herrenkleidung

133 CHARLOTTENBURG 133
Wilmersdorfer Straße
an der Bismarckstraße.

Weitester Weg lohnend!

Immer noch billig



Fuchs
Schönhauser Allee 72
Am Ringbahnhof

Strickjacken
aller Art
Sportgarnituren, Jumper usw.
Billigste Bezugsquelle!
Bruno Richter, Fabrik-Niederlage für Wollwaren, schön All. Kopenhagener Str. 67, 1. Hochb. Nordring, Sin.-Pankow, Mendestr. 36 1. Pkw. 3723
Nur Einzelverkauf!

Platin-, Gold- und Silberbruch
Zahngelbes, Uhren, Ketten, Ringe sowie Almetalle kauft zu Engrospreisen
M. ZEISKE
Berlin O., Schreinerstr. 32 (Laden)
1 Minute vom Bf. Frank. Allee
Fahrgeldvergütung
Größtes Abnahmegerbiet für Händler.

Achtung **Hosen** Achtung
Jeder Art in allen Größen und Qualitäten kann Sie am besten und billigsten in der
Mösch.-Gladbacher Hosen-Zentrale
Berlin, Rügener Str. 25
(Bauer Lad. l. nahe Bf. Gesundbr. Fahrplan: S. 8, 35, 37, 40, 41, 42, 48, 50, 77, 140
bei Bedarf auch sonst. — Fahrgeldvergütung

Gold, Silber, Platin-Bruch
Zahngelbes
kaufen zu unüberbietbaren Preisen, da Selbstverwertung
I. Skalitzer Str. 31 Lad.
II. Kaiser-Allee 210
Eing. Pannenb. Str.

Stoff-Reste-Haus
A. M. Steinhardt
18 Kottbuser Damm 18
Schöne Reste für Herren-Anzüge, Mäntel, Kostüme, Kleider in Stoff, Samt und Seide, sowie Futterstoffe. Ständig sehr große Auswahl. Streng zeitl. in Qualität.

Willst du preiswert **Hosen** kaufen, mußt zu **Hosen-Anders** laufen.
A. Anders, Beusselstr. 25

Gold-, Silber-, Platin-Bruch, Schmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Ketten, Ringe, Ketten zu hohen Engrospreisen
Hahn & Co., Juwelier u. Goldschmied, Neulöh, Jungstraße 28.

Gardinen
Sonderangebote u. Gelegen.-Käufe in Resten
Stores, Bettdecken, Vorhänge und Kleidergardinen.
Social-Service-Verkauf
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof.

Bettwädicke in Fabrikpreisen
Dom.-Hemd.-Band- und -Kleider-Weißwaren
Eckebrecht, Neukölln, Hagenstr. 11

Alt-Metall-Ankauf
zu höchsten Preisen
Carow, Neukölln, Jonasstr. 68
1. 5. Bezirk, 2. Bezirk u. Bf. Neukölln
Neukölln 4497

Ankauf-Abteilung **MAX BUSSE** Gegründet 1878
Brunnenstraße 18 • An der Invalidenstraße
Ankauf und Verwertung von **Brillanten** Gold-, Silber-, Platinbruch

Groß-Berliner Wäsche-Industrie
Frankfurter Allee 287, an der Voigtstraße
Spezialhaus größten Stils mit eigener Fabrikation.
Vom 28. Febr. bis 8. März besonders billige Angebote in **Bettwäsche** **Tischwäsche** **Handtücher**
Nur ausgesucht gute und beste Qualitäten zu wirklich billigen Preisen bei bester Ateliararbeit.

Deckbettbezüge . . . 13900 15750	Handtücher 1250 1975 2050
19000 22500 25000 27500	2350 2500 3000
Kopfkissen 5000 6500 7900 10500	Tischtücher, weiss, gute Qualität, ca. 120x130 120x160 120x200 11750 139 0 18500
Bettlaken . . . 8500 9500 11500	Überschlaglaken u. Paradekissen in jeder Ausführung.
	13500 17500
Bunte Bezüge nur beste Qualität, riesige Auswahl.	6-st. Kopfkissen 8500 9500 11000 auch mit Einsatz.
Intelle nur beste federichte und farbichte Waren.	Hemdentuch Qual. 2900 3300 3750

Besonders günstige Kaufgelegenheit in **Damen-Hemden und Damen-Beinkleidern.**
7500 7900 8300 9000 4500 2900 2500 4000
Riesen-Auswahl. Fachmännische, zuvorkommende Bedienung. Mengenabgabe vorbehalten.
Fahrverbindung Bahnhof Frankfurter Allee, Linie 13, 68, 69, 76, 77, 176.
Geschäftszeit von 9-1 Uhr.
Firma und Hausnummer bitte genau beachten.

Bettwäsche-Fabrik
Weßen Sie Ihre Bettwädicke. Gutes Handtücher, Bettbezug, Riffen, Bettgarnituren (beidseitig und einseitig), Damast, Hemden, Tische, Salter, Kaffeebeden, Tischdecken usw. billig einkaufen, dann überzeugen Sie sich unbedingt von unseren Preisen.
Kühl & Kupferberg
Berlin, Invalidenstr. 6
(Ecke Bergstr.) 2. Min. v. Stett. Bf.

Hosen! Hosen!
Arbeits-hosen, federganz Hosen, Breeches, schwarze u. gestreifte Hosen, Turn- und Fußball-hosen kauft man gut u. vorzuziehbar in großer Auswahl in der
Mösch.-Gladbacher Hosen-Zentrale
NW. 67, Beusselstr. 39
Bauer Laden.
Bauchhosen für beliebige Herren.
Fahrgeldvergütung!

Leihhaus Humboldt
Riesen-Auswahl in Herren-Anzüge, Ulster, Schlüpfer, Gummimäntel
Keine Lombardware!
Gerichtstr. 23, dicht am Nettelbeckplatz.

Noch volkstümliche Preise für Herren-, Damen- und Kinder-Schuh
in besten Qualitäten und modernsten Formen
im Volksschuhhaus „ISMA“ Köpenicker Straße 68
Ihr Vorteil: Sie können sich bei Anzahlung Waren ohne Preisauflschlag für spätere Abholung sichern.
Verkaufsmotto: Die billigen Preise dem Volke. Vergleichen Sie die Preise in uns. Schaufenstern

Zahngelbes
auch einzelne Zähne kauft zum höchsten Tageskurs sowie
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
sämtliche Schmuckgegenstände
zerbrochene Gegenstände genau denselben Wert, nur Barheine Edelmetallverwertung
2 Invalidenstr. 2 v. 1 rechts, kein Laden
Eingang Elisabethkirchstrasse
9 Kopenhagener Strasse 9 (Laden)
2 Minuten vom Bahnhof Schönhauser Allee.

Alte Gebisse auch zerbrochene
Zahn 3200, 4000 bis 90 000 Mark
Gold-, Silberbruch zum Tageskurs kauft
Zahn-Ankaufsstelle
B. Zymelski, Weidenburger Str. 32

Zahngelbes auch zerbrochene
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
kauft zum höchsten Tageskurs
Edelmetallverwertung Kiesiger
C., Robstraße 8, Laden, nahe Gertraudenstraße.

Höchste Tagespreise da nur für Eigenbedarf!
Dentist Pinsky
Telephon: Norden 11025
nur Elsassstr. 24, vorn 1 Tr.
Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Alte Gebisse
Bei Ankauf wird Fahrgeld vergütet!

Gold-, Silber-, Platin-Bruch
Brillanten
kauft reell zu höchsten Tageskursen
C. Käferle
Ultraviolet - Juwelier
Frankfurter Allee 278

Damen- und Herren-Stoffe
aller Art in großer Auswahl.
Gabardine, Kammgarne, Covercoats, Tuche, moderne Streifen, Volls, Musseline usw.
Kleider- u. Futter-Seiden schwarz und farblich.
Paul Karle
O. 34, Warschauer Straße 79.

Zinn-Quecksilber
Gold-, Silber-Bruch
Blei, Kupfer, Platin usw.
kauft zu Engrospreisen
Scharnow, Lange Str. 35
an Köpenicker Bahnhof
Weißkeller

10% Grosse Ultimo-Woche! 10%
Von Sonnabend, dem 24. Februar, bis Sonnabend, dem 3. März, wird jedem Käufer, trotz der enorm billigen Preise an der Kasse **10% Extra-Rabatt** abgezogen.
Anzahlungen auf 8 Tage gestattet!
In größter Auswahl Herrenstoffe, Damenkleiderstoffe, Sammet, Seidenstoffe, sowie sämtl. Leinen- und Baumwollwaren
Besonders zu empfehlen Frotté-Neuheiten in den entzückendsten Mustern.
Soeben neu eingetroffen: Großer Posten Kleiderstoffe gestreift und kariert, vom Billigsten bis zum Besten.

HANS PRANGE

SO 36, Wiener Str. 15, am Görlitzer Bahnhof
Lieferant des Lehrer- und Beamten-Vereins.
Hochbahn-Station: Oranienstraße. Straßenbahn: Linie 4, 9, 10, 18, 31, 44, 46, 91, 93, 94, 116.

Korsette
Verkauf Reparatur, Maßanfertigung
Fr. C. Bungartz
Neukölln, Boddinstr. 31.

Zeitungs-papier
gebünd. zu 500.
Ganz-Wein-taschen färdern ohne Preile
Neukölln Befe-
r. 178
Blaggers-Reinziehen
Fernspr. West. 261

Pianos zur Miete
Ansbacher Str. 1,
1. v. Berlin

Das Schulprogramm der **Sozialdemokratie** v. RICH. LOHMANN
Ein prakt. Handbuch für Eltern, Lehrer u. Erzieher, in dem nicht nur die Forderungen der Sozialdemokratie zum Ausdruck kommen, sondern auch die nächsten Möglichkeiten zur (dringlichen) Erreichung des Zieles dargestellt werden.
Preis-Grundzahl M. 0,50
Buchhandlung Vorwärts BERLIN SW 68 LINDENSTR. 8

Stoffe Karl Lohse, Ritterstr. 29, pt.

Edelmetall-schmelze
E. Seeger, Putlitzstr. 19
kauft **Gold-, Platin-, Silber-Bruch**
Zahngelbes.
Besonders hohe Kurse, da erster Bedarf.

Wo taß ich meinen Anzug machen?
Wer garantiert für guten Sitz u. Verarbeitung?
Max Motel, Schneidermstr.
Neukölln, Ringbahnstr. 83, Tel. 909.
Beliefert für höchste Ansprüche
Höchst. Herrenkleidern u. Damenkleidern
86 Gartenstr. 86
Zahngelbes
Gold, Silber-Bruch, Platin
kauft zu höchstem Tageskurs
Paul Schneider, Juwelier
86 Gartenstr. 86
Der weiteste Weg zu mir lohnt sich!